

APA-JOURNAL Karriere vom 20.11.2018

*hac / dru*

*Senioren / Soziales Lernen / Pflege / Österreich*

Österreicher sehen Politik bei Pensionen und Pflege gefordert

Wien (APA) - Die Österreicher sehen die Politik beim Thema "Leben im Alter" vor allem in den Bereichen Pensionen und Pflege gefordert. Das geht aus einer am Dienstag veröffentlichten ISA-Umfrage hervor. Wenig optimistisch sind die Befragten für ihre künftige Pensionszeit: Mehr als die Hälfte erwartet, dass ihre Lebenssituation dann eher schlechter sein wird als jene der heutigen Pensionisten.

Das Institut für Strategieanalysen (Peter Filzmaier) hat im Auftrag der Silver Living GmbH - laut eigenen Angaben Marktführer im frei finanzierten Wohnbau für Seniorenwohnanlagen in Österreich - eine Studie zum Thema "Herausforderung Alter, Politik und Institutionen" durchgeführt. 1.045 Personen zwischen 16 und 59 Jahren wurden online befragt, 253 ab 50 Jahren telefonisch kontaktiert.

Der Pension sieht demnach der Großteil eher pessimistisch entgegen: 56 Prozent der noch nicht Pensionierten meint, dass ihre Lebenssituation im Ruhestand "eher schlechter" sein wird als die der aktuellen Senioren. An eine Verbesserung glauben nur vier Prozent, 35 Prozent erwarten sich keine Änderungen gegenüber der Ist-Situation. Vor allem Befragte unter 50 Jahren befürchten laut der Studie mehrheitlich Verschlechterungen. Von jenen Befragten, die bereits in Pension sind, gaben 65 Prozent an, das Leben in der Pension habe sich in etwa so wie erwartet entwickelt. 19 Prozent meinen, es sei besser als erwartet, 14 Prozent sagen, es sei schlechter.

Gefordert sehen die Befragten die Politik in vielen Feldern. Auf die Frage, wo die Politik beim Thema Alter mehr tun sollte, wurde vor allem die Pensionssicherung (bzw. generell die Pensionsreform) spontan genannt (22 Prozent spontane Nennungen). Dahinter folgte das Thema Heim- und Pflegeplätze (11 Prozent) sowie der Wunsch nach mehr Information (10 Prozent).

Von der Politik erwarten sich die Befragten laut der Umfrage freilich nicht allzu viel. Bei der Frage, welchen Institutionen sie beim Thema "Leben im Alter" am meisten vertrauen, liegen Bundesregierung, Nationalratsabgeordnete und politische Parteien weit abgeschlagen auf den letzten drei Rängen (von zehn abgefragten Institutionen): Zwischen 32 und 35 Prozent meinten, sie vertrauen diesen Institutionen "gar nicht", 37 bis 44 Prozent erklärten, sie vertrauen diesen "eher nicht".

Hohe Erwartungen haben die Befragten hingegen an die Arbeiterkammer: Dieser vertrauen 11 Prozent "sehr", 42 Prozent "eher schon", hier Vorschläge einzubringen und die richtigen Maßnahmen zu setzen. Ähnlich groß ist das Vertrauen gegenüber den Seniorenverbänden (9 Prozent "sehr", 50 Prozent "eher schon"), gegenüber der Gewerkschaft (8 bzw. 34 Prozent) und dem Seniorenrat (5 bzw. 39 Prozent).

(Schluss) hac/dru